

Staatssekretärin Heike Raab

Grußwort

von Staatssekretärin Heike Raab, Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales, zum Jahresempfang des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) am 23. November 2017 in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin

Sehr geehrter Herr Bergmann, sehr geehrter Herr Dr. Rübke, sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des SprecherInnenrats des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, sehr geehrter Herr Dr. Klein, sehr geehrte Mitglieder des BBE, liebe ehrenamtlich Engagierte, liebe Gäste!

Ich begrüße Sie alle sehr herzlich in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz zum Jahresempfang des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement. Es ist eine gute Tradition geworden, dass dieser Empfang am Vorabend Ihrer Jahresmitgliederversammlung stattfindet. Jenseits der notwendigen Regularien und inhaltlichen Diskussionen, die Sie morgen auch hier in unserem Hause erwarten, gibt es beim heutigen Empfang die Gelegenheit zum informellen Austausch und zur Kontaktpflege. Wir alle wissen, dass diese Dinge gerade in Netzwerken besonders wichtig sind, aber in den offiziellen Sitzungen häufig zu kurz kommen.

Es ist ebenso gute Tradition, dass der Jahresempfang des BBE von den im Netzwerk vertretenen Ländern ausgerichtet wird. Ich freue mich daher sehr, Sie heute hier in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung sehr herzlich willkommen zu heißen. Ich wünsche Ihnen schon jetzt zu Beginn viele anregende Gespräche, vielleicht den einen oder anderen neuen Kontakt, regen Austausch und vor allem eine angenehme Zeit in unserem Hause bei gutem Essen und selbstverständlich gutem Wein aus Rheinland-Pfalz.

Gestatten Sie mir gleichwohl einige Dinge anzusprechen, die zu einem solchen Anlass auch gesagt werden müssen.

Zunächst darf ich Sie ganz herzlich von unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer grüßen. Der heutige Abend ist – das hat sie mich zu betonen gebeten – eine gute Gelegenheit, das enge und partnerschaftliche Verhältnis unseres Landes zum BBE zu würdigen.

Rheinland-Pfalz gehört zu den Gründungsmitgliedern des Bundesnetzwerks und ist bereits seit dem Jahr 2002 im BBE aktiv. Wir nehmen unsere Mitwirkung sehr ernst. Wir engagieren uns in den Arbeitsgruppen und Gremien und organisieren in gemeinsamen Veranstaltungen

den fachlichen Diskurs zu wichtigen Themen der Engagementpolitik. Dabei profitieren wir sehr von den Erfahrungen und den im Netzwerk gesammelten Kompetenzen.

Ich möchte insbesondere erinnern an die gemeinsamen Fachtagungen zu „Schule und Engagement“ (2004), „Kindertagesstätten und Engagement“ (2012), „Migrantenorganisationen und Engagement“ (2009), „Forschung und Engagement“ (2012), „Demokratie und ländlicher Raum“ (2015) sowie „Monetarisierung im bürgerschaftlichen Engagement“ (2015). Diese Tagungen haben in ihrer engen Verschränkung von Wissenschaft, Praxis und Politik wichtige Impulse für die Gestaltung politischer Entscheidungen in Rheinland-Pfalz gegeben. So hat beispielsweise die Fachtagung zu den Auswirkungen zunehmender Bezahlung im Ehrenamt (Monetarisierung) große Auswirkungen auf unsere Landesverordnung zum Pflegestärkungsgesetz gehabt. Statt einem Ausbau individueller Anreize durch höhere Entlohnung von Engagierten setzen wir viel stärker auf die Festigung von Strukturen, von Fort- und Weiterbildung und Modellvorhaben zur Entlastung von Pflegenden im Alltag.

Neben dem fachpolitischen Diskurs arbeiten wir mit dem BBE auch eng zusammen, um gemeinsam die Kultur der Wertschätzung und Anerkennung für Ehrenamt und Bürgerengagement zu stärken. Für uns war es dabei ein besonderer Höhepunkt, dass im Jahr 2013 die bundesweite Woche des bürgerschaftlichen Engagements des BBE erstmals nicht in Berlin, sondern in der Mainzer Staatskanzlei von Ministerpräsidentin Malu Dreyer eröffnet wurde. Und im September dieses Jahres hat Malu Dreyer als amtierende Bundesratspräsidentin auch den Auftakt der diesjährigen Aktionswoche begleitet.

Vieles mehr ließe sich hierzu sagen. Besonders wichtig aber ist: Im und mit dem BBE entwickeln wir neue Perspektiven für eine wirkungsvolle Engagementpolitik. Das BBE ist für uns daher eine ganz wichtige Plattform der Beratung, des Austauschs und der gemeinsamen Strategieentwicklung. Es ist das Kompetenzzentrum in Fragen der Engagementförderung.

Wir investieren in das Netzwerk und wir profitieren von seiner Expertise, seinen Erfahrungen und den unkomplizierten Zugängen zu Wissen und Partnern. Deshalb ist an dieser Stelle ein besonderer Dank an das BBE für seine engagierte Arbeit angebracht.

Rheinland-Pfalz ist diese bundesweite Plattform viel wert. Dies gilt sicherlich auch für die anderen Länder. Und so freuen wir uns natürlich auch darüber, dass der Leiter unserer Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung, Herr Birger Hartnuß, seit 2016 die Länder im SprecherInnenrat des Bundesnetzwerks vertritt.

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

das BBE als Netzwerk verkörpert, wie vielfältig und bunt die Welt des ehrenamtlichen Engagements ist und wie sehr dieses Engagement unsere Gesellschaft bereichert. Viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich in Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie in Vereinen und Verbänden, andere in Initiativen und Projekten. Sie packen soziale und kulturelle Aufgaben an, begeistern andere für den Sport, kümmern sich um unsere Umwelt, helfen und

pflegen alte oder kranke Menschen, engagieren sich in den Hilfs- und Rettungsdiensten, in der internationalen Zusammenarbeit und der Entwicklungshilfe oder in der Flüchtlingshilfe.

Und nicht zu vergessen: auch Unternehmen übernehmen soziale Verantwortung und engagieren sich für unser Gemeinwohl. Von daher ist es besonders wichtig, dass sich auch zahlreiche Unternehmen im BBE engagieren und die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft gelebt wird.

Unsere Gesellschaft ist ohne dieses Engagement nicht vorstellbar. Mehr noch: es ist der Kern unserer demokratischen und solidarischen Gesellschaft. Denn nicht nur über Politik wird Demokratie gestaltet, sondern auch über die aktive Mitwirkung der Bürger und Bürgerinnen. Nach den aktuellen Daten des Freiwilligensurveys sind bundesweit 43 % der Bürger und Bürgerinnen ehrenamtlich aktiv. In Rheinland-Pfalz sind es sogar 48 %. Und genau hier liegt die Wurzel des gesellschaftlichen Zusammenhalts, hier entsteht eine gemeinsame kulturelle Identität, die Unterschiede aushält, versöhnt und integrierend wirkt.

Wir stehen in Deutschland und in Europa vor großen Herausforderungen. Wir müssen Politikverdrossenheit und Populismus entgegenwirken und das soziale Auseinanderdriften der Gesellschaft verhindern. Politik muss glaubhaft zeigen, dass Demokratiemüdigkeit nicht die Antwort auf Probleme ist. Das demokratische Miteinander fällt uns jedoch nicht in den Schoß, es muss als Kultur gelebt werden. Und dies geschieht vor allem im bürgerschaftlichen Engagement.

Bürgerengagement ist aber nicht voraussetzungslos. Vielmehr braucht es gute Rahmenbedingungen, die es attraktiv, lohnenswert und lebenswert machen, freiwillig Aufgaben zu übernehmen. Und hier kommt nicht zuletzt die Politik ins Spiel. Die Länder tragen eine große Verantwortung für die Gestaltung guter Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement. Förderung, Information, Beratung, Fort- und Weiterbildung, aber auch die Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement sind Aufgaben, um die sich die Länder intensiv kümmern. Mit Stabs- und Leitstellen in Ministerien und Staatskanzleien sind Infrastrukturen auf Landesebene inzwischen gut entwickelt. Zudem fördern die Länder lokale Anlaufstellen wie Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros und Mehrgenerationenhäuser. Eine besonders wichtige Aufgabe ist auch die Vernetzung auf Landesebene.

In Rheinland-Pfalz hat die Förderung bürgerschaftlichen Engagements seit vielen Jahren hohe Priorität auf landespolitischer Ebene. Dabei konnten wir bereits sehr viel tun, um das Engagement und die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger wirksam zu fördern und sie in die Gestaltung gesellschaftlicher Herausforderungen einzubeziehen. Darauf sind wir sehr stolz. Ich möchte an dieser Stelle gern erwähnen, dass der heutige Beauftragte des BBE für Europa und Internationales, Dr. Frank Heuberger, in seiner aktiven Zeit in der Staatskanzlei viel dazu beigetragen hat, dieses Politikfeld in Rheinland-Pfalz zu profilieren. Er war ein ganz wichtiger Impulsgeber und hat unter anderem die heutige Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung aufgebaut. Deshalb Ihnen, lieber Herr Dr. Heuberger, ein herzliches Dankeschön für Ihr Engagement.

Neben Bund und Ländern haben natürlich auch die Kommunen eine große Verantwortung für eine wirkungsvolle Engagementförderung. Denn hier findet der Großteil des ehrenamtlichen Engagements statt. Vor Ort in den Städten, Gemeinden und Landkreisen geschieht schon sehr viel, um das Engagement der Bürgerinnen und Bürger nach Kräften zu unterstützen. Nicht immer ist diese Aufgabe für die Kommunen angesichts eingeschränkter finanzieller Spielräume ganz einfach. Deshalb ist es besonders wichtig, dass auch in Fragen der Engagementförderung Bund, Länder und Kommunen eng zusammenarbeiten.

Und hierbei gibt es sicherlich noch Optimierungsbedarf. So würden wir uns schon wünschen, dass neue Programme und Schwerpunkte des Bundes frühzeitiger mit den Ländern und den Kommunen abgestimmt werden. Dies erhöht die Chance auf Synergien und letztlich den Erfolg dieser Maßnahmen.

Grundsätzlich benötigen wir hierbei bessere rechtliche Möglichkeiten. Wenn wir bspw. wollen, dass junge Menschen frühzeitig Engagement und Demokratie lernen und erleben können, dann müssen Bund und Länder bei dieser Frage auch zusammenarbeiten dürfen. Wie in anderen Fragen der Schul- und Bildungspolitik müssen wir daher das bestehende Kooperationsverbot lockern. Dies ist für die aktuelle Legislaturperiode eine zentrale Aufgabe der Föderalismusreform.

Wie Sie alle wissen, sind die Sondierungsverhandlungen für eine sogenannte Jamaika-Koalition am vergangenen Wochenende gescheitert. Die Themen Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung standen auch dort auf der Agenda einer der Arbeitsgruppen, wenn auch nicht im Mittelpunkt des Geschehens.

Wir befinden uns nun in einer schwierigen Situation. Wir haben eine funktionierende Bundesregierung, die gleichwohl nur geschäftsführend im Amt ist. Es kommt nun darauf an, möglichst rasch einen Weg zu finden, um eine stabile Regierung zu bilden. Welcher Weg dies sein wird, das wird sich in den nächsten Tagen und Wochen entscheiden. Welche Konstellation uns hierbei auch erwartet, ich bin sicher, dass neue Weichenstellungen für die Engagement- und Demokratiepoltik eine wichtige Aufgabe der künftigen Bundesregierung sind.

Ich finde es daher gut und richtig, dass sich das BBE sowohl im Bundestagswahlkampf als auch in den aktuellen Sondierungsverhandlungen aktiv eingebracht hat. Ihre engagementpolitischen Empfehlungen bringen zentrale Anliegen auf den Punkt. Sie sind nicht nur lesenswert, sie finden auch unsere Unterstützung.

Ich wünsche Ihnen allen nun einen wunderschönen, inspirierenden und fröhlichen Abend.

Redaktion**BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de